

# Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft (DESI)<sup>1</sup>

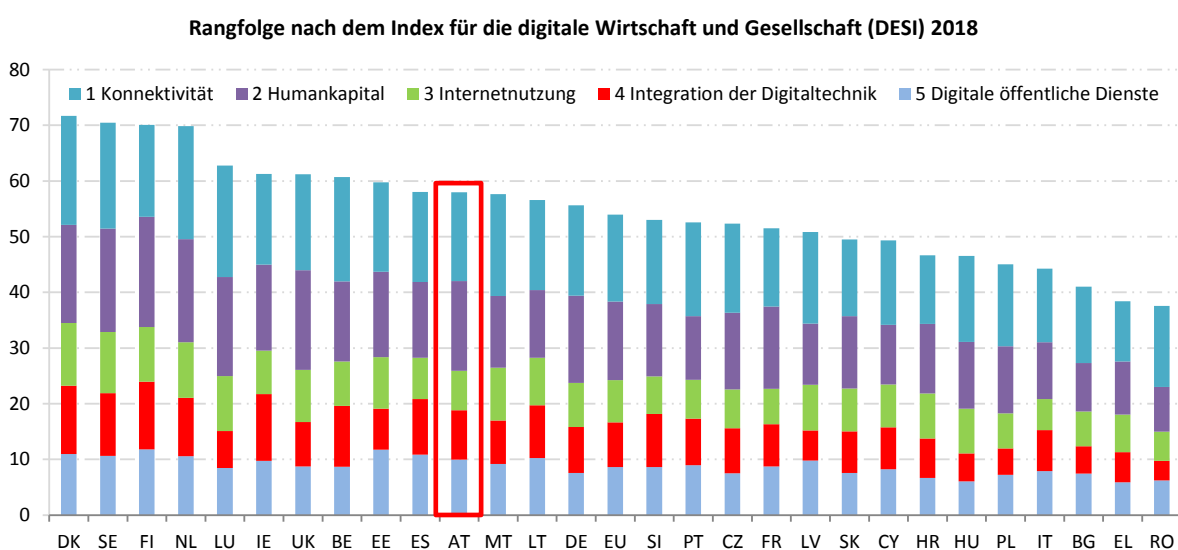
## 2018

### Länderbericht Österreich

Mit dem Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft (*Digital Economy and Society Index*, DESI) werden die Digitalisierungsfortschritte der Mitgliedstaaten verfolgt. Er hat fünf Schwerpunktbereiche:

<b>1 Konnektivität</b>	Festnetzbreitband, Mobilfunkbreitband, Breitbandgeschwindigkeit und Preise
<b>2 Humankapital</b>	Internetnutzung, digitale Grundkompetenzen, fortgeschrittene digitale Kompetenzen
<b>3 Internetnutzung</b>	Nutzung von Inhalten, Kommunikation und Online-Transaktionen durch Bürgerinnen und Bürger
<b>4 Integration der Digitaltechnik</b>	Digitalisierungsgrad der Wirtschaft, Internethandel
<b>5 Digitale Öffentliche Dienste</b>	eGovernment (elektronische Behördendienste)

Der DESI wurde auch für die Vorjahre für alle Länder neu berechnet, um leichten Änderungen bei den gewählten Indikatoren und Korrekturen der den Indikatoren zugrunde liegenden Daten Rechnung zu tragen. Daher können sich die Werte und Ränge der Länder gegenüber der vorherigen Veröffentlichung geändert haben. Weitere Informationen finden Sie in den Hinweisen zur DESI-Methodik unter <https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/desi>.



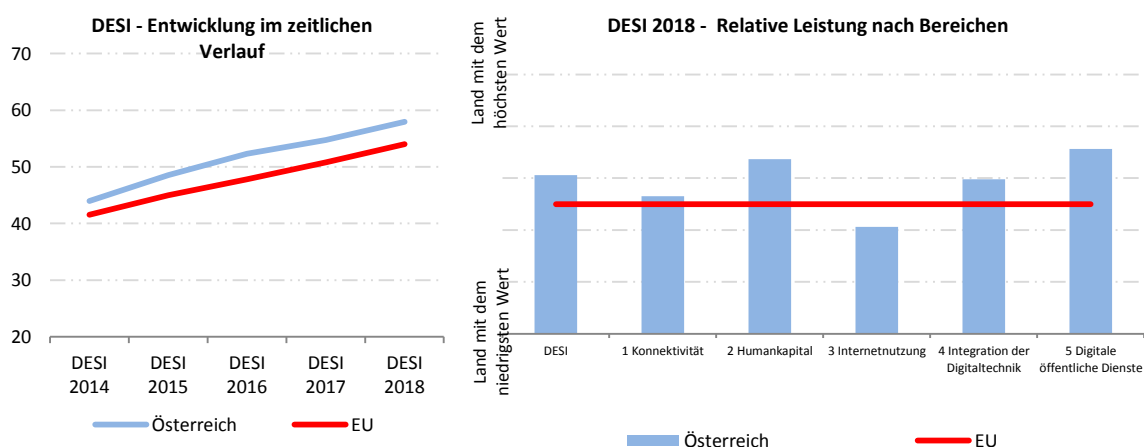
<sup>1</sup> <https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/desi>

	Österreich		Gruppe	EU
	Rang	Wert	Wert	Wert
<b>DESI 2018</b>	<b>11</b>	<b>58,0</b>	<b>54,7</b>	<b>54,0</b>
DESI 2017	11	54,7	51,5	50,8

Insgesamt deckten sich die Fortschritte Österreichs im Lauf des letzten Jahres mit dem EU-Durchschnitt und dem Durchschnitt der Länder mit mittleren Ergebnissen, und das Land behauptete den 11. Rang wie schon im Jahr 2017. Besonders gut schneidet Österreich beim Humankapital und bei den digitalen öffentlichen Diensten ab, aber es verbesserte auch seine relative Position sowohl bei der Nutzung der Internetdienste seitens der Bürger, wo es zurückliegt, als auch bei der Einbindung der digitalen Technik durch Unternehmen, wo es signifikant über dem Durchschnitt liegt. Diese Verbesserungen wurden erreicht, obwohl das Land bezüglich der Konnektivität immer noch unterdurchschnittlich im Vergleich zu den anderen EU-Ländern abschneidet, wenngleich eine große Verbesserung in der Wertung zu verzeichnen ist. Der Rang Österreichs wurde auch durch die Einführung neuer Indikatoren für ultraschnelle Breitbanddienste beeinflusst, wo das Land schlechter als der Großteil der EU-Mitgliedstaaten abschneidet.

Österreich gehört zu der Ländergruppe mit mittleren Ergebnissen<sup>2</sup>.

Ende Dezember 2017 legte die neue österreichische Bundesregierung ihr neues Arbeitsprogramm bis 2022 vor, in dem die Digitalisierung als eine der wichtigsten Prioritäten ausgewiesen und als Vektor der Veränderung in allen politischen Bereichen bezeichnet wird. Dennoch liegt der Schwerpunkt auf digitalen öffentlichen Dienstleistungen, Konnektivität und geeigneten Rahmenbedingungen zusätzlich zur Cybersicherheit.



<sup>2</sup> Ländergruppe mit mittleren Ergebnissen: Spanien, Österreich, Malta, Litauen, Deutschland, Slowenien, Portugal, Tschechische Republik, Frankreich und Lettland.

# 1 Konnektivität

1 Konnektivität	Österreich		Gruppe	EU
	Rang	Wert	Wert	Wert
DESI 2018	17	63,7	62,4	62,6
DESI 2017	17	58,8	58,8	58,5

	Österreich				EU
	DESI 2018		DESI 2017		DESI 2018
	Anteil	Rang	Anteil	Rang	Anteil
<b>1a1 Festnetzbreitbandversorgung</b> % aller Haushalte	99 % →	13	99 %	12	97 %
	2017		2016		2017
<b>1a2 Festnetzbreitbandnutzung</b> % aller Haushalte	71 % ↑	18	68 %	20	75 %
	2017		2016		2017
<b>1b1 4G-Netzabdeckung</b> % aller Haushalte (Durchschnitt der Anbieter)	97 % ↑	11	89 %	18	91 %
	2017		2016		2017
<b>1b2 Mobilfunkbreitbandnutzung</b> Verträge je 100 Einwohner	95 ↑	9	77	17	90
	2017		2016		2017
<b>1c1 NGA-Abdeckung</b> % aller Haushalte, die durch VDSL, FTTP oder Docsis 3.0 abgedeckt sind	90 % ↑	9	89 %	9	80 %
	2017		2016		2017
<b>1c2 Schnelle Breitbandanschlüsse</b> % Verträge >= 30Mbit/s	19 % ↑	23	16 %	23	33 %
	2017		2016		2017
<b>1d1 Ultraschnelle Breitbandabdeckung</b> % aller Haushalte, die durch FTTP oder Docsis 3.0 abgedeckt sind	66 %	18	NA		58 %
	2017				2017
<b>1d2 Ultraschnelle Breitbandanschlüsse</b> % Verträge >= 100Mbit/s	4,9 % ↑	24	2,7 %	24	15,4 %
	2017		2016		2017
<b>1e1 Breitbandpreisindex</b> Wert (0 bis 100)	90 ↓	5	91	6	87
	2017		2016		2017

Österreich hält seinen 17. Platz bei der Konnektivität 2017 ebenso wie im letzten Jahr (wenn beide Jahre nach der DESI-Methode von 2018 bewertet werden). Der Bereich, in dem Österreich deutlich zurückliegt, ist die tatsächliche Nutzung von schnellen Festnetz-Breitbandanschlüssen, was auch an einem nicht unerheblichen Trend zur Ablösung von Festnetz- durch Mobilfunkanschlüsse liegen kann. Der österreichische Telekommunikationsmarkt ist gekennzeichnet durch einen Preiskampf und die herausragende Rolle des Mobilfunks sowohl im Telefon- als auch im Breitbandbereich. Dennoch liegt Österreich bei der Netzabdeckung über dem EU-Durchschnitt, während die Preise sowohl für Festnetz- als auch Mobilfunkdienste niedriger sind als der EU-Durchschnitt. Im Breitbandpreisindex steht Österreich innerhalb der EU an 5. Stelle.

2017 besaßen 90 % aller österreichischen Haushalte einen Hochgeschwindigkeitsbreitbandanschluss (NGA), was deutlich über dem EU-Durchschnitt lag. Die überregionale Versorgung mit ultraschnellem Breitband lag 2017 bei rund 66 %. Dennoch erreicht Österreich bei der Abdeckung des ländlichen Raums mit schnellem Internet nur 45 %, was unter dem EU-Durchschnitt von 47 % liegt.

Die größte Herausforderung für den Breitbandausbau in Österreich bleibt die Gebirgstopografie des Landes, welche die Netzausbaukosten erheblich erhöht. Österreichs nationaler Plan zum Breitbandausbau, die „Breitbandstrategie 2020“, stimmt im Wesentlichen mit den Zielen der digitalen Agenda für Europa überein und übertrifft diese sogar in manchen Aspekten. Die österreichische Regierung hat sich das Ziel gesetzt, dass bis 2018 70 % und bis 2020 99 % der Haushalte mit ultraschnellen Internet-

Breitbandanschlüssen (100 Mbit/s Downstream) versorgt werden. Zusätzlich gibt es noch regionale Pläne zum Breitbandausbau (z. B. in Niederösterreich). Laut dem vorherigen Arbeitsprogramm der Bundesregierung, der „*Digital Roadmap Austria*“, welches im Jänner 2017 veröffentlicht wurde, will Österreich über das Ziel, bis 2020 flächendeckend ultraschnelles Internet mit 100 Mbit/s verfügbar zu machen, hinausgehen: Bis 2020 sollen alle Schulen und KMU über Hochgeschwindigkeitsanschlüsse verfügen und 75 % der Bevölkerung ultraschnelles Internet nutzen. Darüber hinaus wurde darin das Vorhaben formuliert, eine umfassende Strategie zum Ausbau des 5G-Mobilfunks zu erarbeiten, und die Bedeutung der 5G-Technik für die digitale Wirtschaft unterstrichen. Im neuen Programm der Bundesregierung (2017-2022) wurden neue Ziele gesetzt, wie die flächendeckende Verfügbarkeit von Gigabit-Anschlüssen bis 2025 sowie die Etablierung Österreichs als 5G-Pilotland bis 2021 und eine flächendeckende 5G-Mobilfunk-Abdeckung bis 2025. Im Detail beinhalten die durchzuführenden Arbeiten die weitere Erwägung von Möglichkeiten für einen Gigabit-Netzwerkausbaus, der Möglichkeit einer Subventionierung von Anschlüssen mit bis zu 100 Mbit/s, und eine Zusage bezüglich der Investition zukünftiger Mittel aus der Frequenzzuteilung exklusiv in den Ausbau digitaler Infrastrukturen.

Gleichzeitig leitete die NRB im Jahr 2017 bereits eine Reihe von öffentlichen Konsultationen im Hinblick auf die Durchführung von Ausschreibungen zur Frequenzzuteilung 2018 für die 5G-Nutzung im Jahr 2018 ein.

Die Infrastruktur-Finanzierungsprogramme im Gesamtkonzept des gegenwärtigen Zuschuss-Systems decken vier Bereiche ab: Zugang, Backhaul, Leerrohre und Anschlüsse. Der Programmbereich Zugang zielt auf die Erweiterung der geografischen Abdeckung von Hochgeschwindigkeitsbreitbandnetz ab. Im Mittelpunkt des Bereichs Backhaul steht die Anbindung von bestehenden Einzellösungen an effiziente Datenautobahnen. Der Bereich Leerrohre bezieht sich auf die Mitverlegung von Leerrohren bei kommunalen Bauarbeiten im Hinblick auf eine diskriminierungsfreie Nutzung für Breitbandnetze, während der Bereich Anschlüsse auf eine erhebliche Kostenreduzierung bei der Bereitstellung von Glasfaser-Anschlüssen für KMU und Schulen abzielt. Die Fördermittel kommen hauptsächlich von der Frequenzversteigerung im Jahr 2012, welche oft als „Breitbandmilliarde“ bezeichnet wurde. Die vier Programmbereiche sind in mehrere Aufforderungen aufgeteilt worden, bezüglich der Leerrohre wird gerade die 4. Aufforderung organisiert. Bis Ende 2017 haben 145 Empfänger Fördermittel für 520 Projekte in der Gesamtheit von 330 Millionen Euro erhalten. Fast 680 000 Wohnsitze in über 1100 Gemeinden werden in naher Zukunft mit ultraschnellem Breitbandinternet versorgt sein. Das sind ungefähr 36 Prozent aller vorher unterversorgten Wohnsitze (< 30 Mbit/s). Im Oktober 2017 teilte Österreich die vollständige Umsetzung der Kostensenkungsrichtlinie amtlich mit. Die neuen Bestimmungen sollen einen effektiven Beitrag zur Ausstattung neuer und renovierter Gebäude mit Hochgeschwindigkeitsanschlüssen leisten.

Österreich weist weiterhin alle Erfolgsvoraussetzungen auf, nämlich eine gute Verfügbarkeit und Qualität von Dienstleistungen, wettbewerbsfähige Preise und aktive politische Zielsetzungen, die dafür sorgen sollen, dass Verbraucher und Unternehmen maximal von der Digitalisierung profitieren können.

Dennoch ist trotz regulatorischer Bemühungen und der verhältnismäßig hohen Kaufkraft die Nutzung von Breitbandanschlüssen im Vergleich zum EU-Durchschnitt immer noch gering. Für die Verbesserung der österreichischen Konnektivitätswerte kommt daher politischen Initiativen zur Steigerung der Nachfrage eine entscheidende Bedeutung zu.

Zusätzlich muss die neue österreichische Bundesregierung Schritt halten bei der Entwicklung ihrer 5G-Strategie, wie es auch im neuen Regierungsprogramm heißt, welches ambitionierte Ziele setzt, begleitet von einer Reihe öffentlicher Konsultationen im Jahr 2017 im Hinblick auf die Durchführung von 5G-Frequenzzuteilungsverfahren.

## 2 Humankapital

2 Humankapital	Österreich		Gruppe	EU
	Rang	Wert	Wert	Wert
DESI 2018	7	64,4	58,6	56,5
DESI 2017	7	62,4	56,5	54,6

	Österreich				EU
	DESI 2018		DESI 2017		DESI 2018
	Anteil	Rang	Anteil	Rang	Anteil
<b>2a1 Internetnutzer</b> % der Einwohner	85 % 2017	↑ 10	82 % 2016	11	81 % 2017
<b>2a2 Mindestens digitale Grundkompetenzen</b> % der Einwohner	67 % 2017	↑ 8	65 % 2016	8	57 % 2017
<b>2B1 IKT-Fachkräfte</b> % der Beschäftigten	4,2 % 2016	↑ 6	4,0 % 2015	8	3,7 % 2016
<b>2b2 MINT-Absolventen<sup>3</sup></b> Je 1000 Personen (20-29-Jährige)	22,1 2016	↓ 5	23,0 2014	2	19,1 2015

Digitale Kompetenzen sind einer der Wettbewerbsvorteile Österreichs, dennoch wird ein ständiges Wachstum in den nächsten Jahren nötig sein, um diese Position zu halten und Österreich zu einem der digitalen Vorreiter zu machen. Vor allem in Bezug auf IKT-Fachkräfte sind die neuesten Entwicklungen sehr erfolgreich (ein Anstieg von 0,2 % in nur einem Jahr ist ziemlich viel), aber weniger wenn es um MINT-Absolventen geht.

Das neue Regierungsprogramm zeigt ein starkes Bewusstsein in Bezug auf die erforderliche digitale Weiterbildung. Teils den Plänen der vorherigen Regierung folgend, teils neue Maßnahmen einführend, zielt das neue Programm unter anderem auf Folgendes ab:

- die Förderung ständiger Weiterbildung, besonders wenn es um die Unterstützung beim digitalen Lernen geht;
- die Ausstattung aller Schulen mit der passenden digitalen Infrastruktur;
- eine digitale Erfolgsbilanz für Studenten vom Kindergarten bis zum Ende ihrer Schulbildung;
- die Weiterentwicklung der berufsbildenden höheren Schulen (BHS) und der höheren technischen Lehranstalt (HTL) besonders in Bezug auf MINT-Fächer und Digitalisierung;
- mehr Studienplätze, um Digitalisierung und MINT-Fächer auf Tertiärstufe zu studieren;
- die Einführung der „Digitalisierungsoffensive Bildung“ als Aus- und Weiterbildungsstrategie, die sicherstellen soll,
  - dass digitale Kompetenzen in allen Schulen unterrichtet werden;
  - von der Volksschule an Programmiersprachen (wie Scratch) eingeführt werden;
  - digitale Kompetenzen Lehrer durch Pflichtschulungen gestärkt werden;

<sup>3</sup> Im DESI 2018 wurden die neuesten Daten verwendet. Er kann sich, abhängig vom Mitgliedsstaat, auf 2016 oder 2015 beziehen. Dies kann sich in der DESI 2018 Rangfolge widerspiegeln. Historische Daten von Eurostat überarbeitet.

- ein umfassendes Angebot an digitalen Berufsausbildungen existiert;
- die Einführung einer österreichischen digitalen Akademie, d. h. einer Online-Plattform für Schulungsangebote und lebenslanges Lernen.

Allerdings erfordern die meisten dieser Aktivitäten langfristige Anstrengungen und werden bis nächstes Jahr oder sogar bis 2020 wahrscheinlich keine sichtbaren Ergebnisse zeigen.

## 3 Internetnutzung

3 Internetnutzung	Österreich		Gruppe	EU
	Rang	Wert	Wert	Wert
DESI 2018	19	47,6	48,3	50,5
DESI 2017	20	43,9	45,0	47,5

	Österreich				EU
	DESI 2018		DESI 2017		DESI 2018
	Anteil	Rang	Anteil	Rang	Anteil
<b>3a1 Nachrichten</b> % aller Personen, die in den vergangenen 3 Monaten das Internet genutzt haben	71 % ↑	23	66 %	23	72 %
	2017		2016		2017
<b>3a2 Musik, Videos und Spiele</b> % aller Personen, die in den vergangenen 3 Monaten das Internet genutzt haben	79 %	15	79 %	15	78 %
	2016		2016		2016
<b>3a3 Video-on-Demand</b> % aller Personen, die in den vergangenen 3 Monaten das Internet genutzt haben	14 %	16	14 %	16	21 %
	2016		2016		2016
<b>3b1 Videoanrufe</b> % aller Personen, die in den vergangenen 3 Monaten das Internet genutzt haben	42 % ↑	22	32 %	16	46 %
	2017		2016		2017
<b>3b2 Soziale Netzwerke</b> % aller Personen, die in den vergangenen 3 Monaten das Internet genutzt haben	58 % →	24	58 %	24	65 %
	2017		2016		2017
<b>3c1 Online-Banking</b> % aller Personen, die in den vergangenen 3 Monaten das Internet genutzt haben	65 % ↑	14	63 %	13	61 %
	2017		2016		2017
<b>3c2 Einkaufen</b> % aller Personen, die in den vergangenen 12 Monaten das Internet genutzt haben	70 % ↑	10	68 %	11	68 %
	2017		2016		2017

Bei der Nutzung von Internetdiensten durch die österreichische Bevölkerung bleibt Österreich unter dem EU-Durchschnitt. Dennoch machte es größere Fortschritte als der EU-Durchschnitt, was bedeutet, dass Österreich schrittweise aufholt. Insbesondere stieg die Nutzung der Videoanrufe beträchtlich an, aber auch bei der Nutzung von Online-Nachrichtendiensten verzeichnete Österreich einen höheren Anstieg als der EU-Durchschnitt. Bezüglich der sozialen Netzwerke vergrößerte sich der Abstand zwischen Österreich und dem EU-Durchschnitt jedoch noch weiter. Die Nutzung von Online-Banking hat sich ziemlich regelmäßig mit 2 % pro Jahr seit 2015 erhöht, womit Österreich knapp über dem EU-Durchschnitt liegt, genauso wie bei Online-Einkäufen.

## 4 Integration der Digitaltechnik

4 Integration der Digitaltechnik	Österreich		Gruppe	EU
	Rang	Wert	Wert	Wert
DESI 2018	10	44,1	42,1	40,1
DESI 2017	12	39,4	38,5	36,7

	Österreich				EU	
	DESI 2018		DESI 2017		DESI 2018	
	Anteil	Rang	Anteil	Rang	Anteil	
<b>4a1 Elektronischer Informationsaustausch</b> % aller Unternehmen	40 %	↓	7	41 %	7	34 %
	2017			2015		2017
<b>4a2 RFID</b> % aller Unternehmen	5,6 %	→	9	5,6 %	7	4,2 %
	2017			2014		2017
<b>4a3 Soziale Medien</b> % aller Unternehmen	21 %	↑	11	19 %	14	21 %
	2017			2016		2017
<b>4a4 Elektronische Rechnungen</b> % aller Unternehmen	NA			24,9 %	7	NA
	2017			2016		2017
<b>4a5 Cloud</b> % aller Unternehmen	10,6 %	↑	23	9,9 %	19	NA
	2017			2016		2017
<b>4b1 KMU, die online verkaufen</b> % aller KMU	16,5 %	↑	14	14,5 %	17	17,2 %
	2017			2016		2017
<b>4b2 Umsatz im Internethandel</b> % des KMU-Umsatzes	6,5 %	↑	22	5,7 %	24	10,3 %
	2017			2016		2017
<b>4b3 Grenzüberschreitende Online-Verkäufe</b> % aller KMU	13,8 %	↑	2	10,5 %	6	8,4 %
	2017			2015		2017

Österreichische Unternehmen sind in vielen Digitalisierungsaspekten weiterhin gut aufgestellt, obwohl in letzter Zeit vor allem bei der Verwendung von IKT für interne Verfahren, etwa für den elektronischen Informationsaustausch zwischen verschiedenen Abteilungen oder bei der Nutzung von RFID wenig Fortschritte gemacht wurden. Auch verzeichnete das Land keinen besonders schnellen Anstieg bei der Einführung von Cloud-Diensten. Dennoch gab es eine beträchtliche Verbesserung der Werte beim elektronischen Handel: zusätzliche 2 % der KMU begannen online zu verkaufen, und mehr als 3 % Zuwachs gab es bei den KMU, welche grenzüberschreitend Online-Geschäfte tätigen und sich dabei den digitalen europäischen Binnenmarkt zunutze machen.

Um die Digitalisierung zu fördern, wurde bereits 2016 ein unabhängiges Finanzierungsprogramm mit dem Namen „Produktion der Zukunft“ ins Leben gerufen, welches nationale und transnationale kooperative Forschungs- und Entwicklungsprojekte in Technologiesektoren der Industrie 4.0 unterstützt. Es ist mit Fördermitteln in Höhe von ungefähr 25 Millionen Euro pro Jahr ausgestattet und wird ergänzt durch die Digital Roadmap für Österreich, die konkrete Pläne für den Netzwerkaufbau von Digital Innovation Hubs in Österreich enthält.

Des Weiteren beinhaltet das neue Regierungsprogramm unter den vielen digital bezogenen Themenschwerpunkten einige Aktionen, die insbesondere die Digitalisierung in den Unternehmen betreffen. Es sieht insbesondere Folgendes vor:



- die Entwicklung eines landesweiten Programms zur Unterstützung der Digitalisierung von KMU, inklusive der Erweiterung von „KMU digital“;
- Maßnahmen, um internationale Top Accelerator zur Unterstützung von innovativen Digitalisierungs-Startups nach Österreich zu ziehen - inklusive einer Erweiterung des Programms „*Global Incubator Network*“ (GIN);
- die Einrichtung regulatorischer Innovationszonen („Sandkästen“) für innovative Unternehmen mit neuen Technologien (Blockchain, künstliche Intelligenz, etc.);
- die Unterstützung von Testumgebungen für frühe Versuche und Marktanpassung für neu entstehende Technologien und digitale Anwendungen;
- öffentliche Teilnahme an digitalen Leuchtturmprojekten (Innovationspartnerschaften in der Entwicklungsphase).

Der bedeutende Platz, den diese Initiativen in der gesamten wirtschaftlichen Strategie einnehmen, spiegelt die Ambition zukünftiger Regierungen wider, Österreich in Sachen Technologie in eine führende Position in Europa zu bringen.

## 5 Digitale öffentliche Dienste

5 Digitale öffentliche Dienste	Österreich		Gruppe	EU
	Rang	Wert	Wert	Wert
DESI 2018	8	66,5	58,5	57,5
DESI 2017	7	66,3	54,9	53,7

	Österreich				EU
	DESI 2018		DESI 2017		DESI 2018
	Anteil	Rang	Anteil	Rang	Anteil
<b>5a1 eGovernment-Nutzer<sup>4</sup></b> <small>% der Internet-Nutzer, die Formulare einreichen müssen</small>	64 % ↑	14	59 %	16	58 %
	2017		2016		2017
<b>5a2 Vorausgefüllte Formulare</b> <small>Wert (0 bis 100)</small>	79 ↑	5	72	6	53
	2017		2016		2017
<b>5a3 Online-Erledigung</b> <small>Wert (0 bis 100)</small>	96 ↓	4	97	2	84
	2017		2016		2017
<b>5a4 Digitale öffentliche Dienste für Unternehmen</b> <small>Wert (0 bis 100) - inklusive der inländischen und grenzüberschreitenden</small>	84 ↓	15	90	10	83
	2017		2016		2017
<b>5a5 Offene Daten</b> <small>% der Höchstpunktzahl</small>	77 % ↓	12	78 %	5	73 %
	2017		2016		2017
<b>5b1 Elektronische Gesundheitsdienste</b> <small>% der Einwohner</small>	18 %	14	NA		18 %
	2017				

Die große Mehrheit (98 %) der am häufigsten genutzten öffentlichen Dienstleistungen sind über die Plattform *Digitales Österreich* online zugänglich. Bei der Verfügbarkeit, auch über Mobilgeräte, nimmt Österreich im EU-weiten Vergleich einen der vordersten Plätze ein. Die Inanspruchnahme elektronischer Behördendienste hat zugenommen, bleibt aber etwas hinter dem Angebot zurück. Sie liegt jedoch immer noch über dem Durchschnitt.

2017 hat Österreich das Recht der Bürger und Unternehmen auf elektronischen Verkehr mit Behörden eingeführt und die bereits existierende e-ID (eID auf einer Chipkarte oder per Mobiltelefon) zu einem vollwertigen elektronischen Identitätsnachweis aufgewertet.

Österreichs Ziel liegt darin, eine zentrale Plattform verfügbar zu machen und die Notwendigkeit der Bürger und Unternehmen zu reduzieren, aktiv mit öffentlichen Behörden tätig zu werden, um öffentliche Dienste zu nutzen. Zum Beispiel werden bestimmte Steuerforderungen für den Nutzer automatisch abgewickelt. Österreich möchte auch eine landesweit nutzbare „digitale Identität“ schaffen, die durch ein zentrales System verwaltet wird, das den Nutzern einen Überblick darüber verschaffen würde, welche Daten verfügbar sind und wie und von wem diese verwendet werden können.

Das neue Regierungsprogramm sieht auch die Weiterentwicklung und Verbesserung offener Daten und der bestehenden e-Health-Lösungen wie der elektronischen Patientenakte (EPA) vor, die ein Informationssystem darstellt, das persönliche Gesundheitsdaten für alle Bürger

<sup>4</sup> Die Definition dieses Indikators wurde geändert. Der neue Indikator misst eGovernment-Nutzer als prozentualen Anteil der Internetnutzer, die Formulare an die öffentliche Verwaltung einreichen müssen.

und berechnete Gesundheitsdienstleister (Krankenhäuser, Apotheken, Allgemeinmediziner, Spezialisten, etc.) anbietet. Eine Testphase der elektronischen Arzneimittelverordnung wurde im Bezirk Deutschlandsberg in der Steiermark im Juni 2016 initiiert und wurde Anfang 2018 auf die gesamte Region Vorarlberg ausgeweitet. Allgemeine Vertragsärzte und Spezialisten werden verpflichtet, ihre verschriebene Medikation im Rahmen der elektronischen Arzneimittelverordnung zu dokumentieren. Im Februar 2018 haben der Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger und die österreichische Ärztekammer einen Vertrag bezüglich der Einführung der elektronischen Arzneimittelverordnung unterschrieben, aufgrund dessen den Ärzten die anfallenden Investitions- und Wartungskosten erstattet werden. Das Ziel liegt darin, das System der elektronischen Arzneimittelverordnung bis September 2019 auf das gesamte Gebiet auszuweiten. Es laufen gerade auch andere Pilotprojekte in Verbindung zur Telemedizin wie Gesundheitsdialog Diabetes oder HerzMobil Tirol, ein Fernüberwachungssystem für kardiovaskuläre Erkrankungen. Österreich liegt im EU-Durchschnitt bei der Nutzung elektronischer Gesundheitsdienste, d.h. in Bezug auf Personen, die Online-Gesundheitsdienste nutzen, ohne selbst ins Krankenhaus oder zum Arzt gehen zu müssen (z. B. indem sie eine Verschreibung oder Beratung online erhalten).

#### **Im Fokus 2018: One-Stop-Shop ermöglicht die Gründung eines EPU online**

Auf Basis des österreichischen One-Stop-Shops der öffentlichen Verwaltung für Unternehmen, erleichtert das sogenannte Unternehmensserviceportal, das als einziger Eintrittspunkt für Unternehmen zur Verwaltung dient und Informationen und gewisse Transaktionsdienste bietet, seit Ende Juli 2017 die Gründung eines Unternehmens. .

Alle Verwaltungsvorgänge, die zur Gründung eines Ein-Personen-Unternehmens erforderlich sind, können über diese Plattform erledigt werden (eGründung). Die Transaktion ist kostenfrei, schnell und erfordert eine elektronische Signatur (wie die Signatur per Mobiltelefon). Im Hinblick darauf, dass diese Unternehmensform die am meist angewandte Unternehmensform in Österreich ist, wird dies Unternehmensgründungen weiter erleichtern und administrative Hürden für Unternehmen reduzieren.

Allerdings ist die Verwendung der Online-Plattform hierfür nicht verpflichtend. Die Plattform *USP.gv.at* kann auch für Verwaltungsverfahren genutzt werden, bietet aber nicht alle für die Unternehmensgründung erforderlichen Schritte an. Sobald das Unternehmen gegründet wurde, erhält es über das Portal Zugang zu anderen Verwaltungsdiensten die von der Bundesverwaltung verwendet werden wie FinanzOnline, dem Portal der Sozialversicherungsdienste, und dem elektronischen Rechnungslegungs-system,.